

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.934.124

Wien, 17.1.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 16983/J der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA betreffend Mord durch einen Pfleger** wie folgt:

**Fragen 1 und 2 sowie 4 bis 9:**

- *Beging der Täter vor dieser Tat bereits Straftaten?*
- *Weist der Täter psychische Erkrankungen auf?*
- *Befand sich der Täter in irgendeiner Form von Therapie?*
- *Strebte der Täter eine Geschlechtsumwandlung oder eine gesetzliche Änderung seines Geschlechtes an?*
- *Wieso wurde der Pfleger bei diesem Pensionisten angestellt, obwohl der Pensionist scheinbar Probleme mit dessen Transsexualität hatte?*
- *Unternahm der Pensionist Versuche eine andere Pflegekraft zu bekommen?*
- *Gab es Beschwerden über den Täter seitens des ermordeten Pensionisten oder anderen Personen, die eventuell von ihm gepflegt wurden?*
- *Welche Staatsbürgerschaft hatte der Täter?*

In der gegenständlichen Anfrage wird auf ein Gewaltverbrechen einer Pflegerin Bezug genommen. Aufgrund der geschilderten Umstände wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um eine:n Personenbetreuer:in - oft auch als 24-Stunden-Betreuungskraft bezeichnet - handelt. Die gesetzliche Grundlage für die Ausübung des Berufes der Personenbetreuung

stellen die Gewerbeordnung, BGBl. Nr. 194/1994, und das Hausbetreuungsgesetz, BGBl. I Nr. 33/2007, dar. Beide Gesetze liegen außerhalb des Vollzugsbereiches des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Im Jahr 2007 wurden die Rahmenbedingungen für eine qualitätsgesicherte 24-Stunden-Betreuung auf legaler Basis geschaffen und gleichzeitig auch ein entsprechendes Fördermodell entwickelt. Im § 21b Bundespflegegeldgesetz (BPGG) werden jedoch lediglich die gesetzlichen Grundlagen für die Förderung zur 24-Stunden-Betreuung festgelegt.

Zu diesen Fragen können mangels Zuständigkeit daher keine Angaben gemacht werden.

**Frage 3:** *Gibt es einen Zusammenhang zwischen Transsexualität und einem erhöhten Auftreten von psychischen Erkrankungen?*

Es wird darauf hingewiesen, dass keine den konkreten Fall betreffenden Aussagen getroffen werden können. Zur gesundheitliche Lage von LGBTIQ+-Personen verweisen wir auf den LGBTIQ+-Gesundheitsbericht 2022:

[https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=643&attachmentName=LGBTIQ\\_Gesundheitsbericht\\_2022\\_pdfUA.pdf](https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=643&attachmentName=LGBTIQ_Gesundheitsbericht_2022_pdfUA.pdf).

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

